



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

134. Sitzung

Hannover, den 10. August 2017

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten	13475
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	13475

Tagesordnungspunkt 2:

Wahl einer Schriftführerin oder eines Schriftführers des Niedersächsischen Landtages	13475
---	-------

Tagesordnungspunkt 3:

Besprechung:

Auflösung des Niedersächsischen Landtages - Antrag der Abgeordneten Björn Thümler (CDU), Johanne Modder (SPD), Anja Piel (Bündnis 90/Die Grünen) und Christian Dürr (FDP) sowie 71 weiterer Mitglieder dieser Fraktionen - Drs. 17/8541	13476
Björn Thümler (CDU)	13476
Johanne Modder (SPD).....	13479
Dr. Stefan Birkner (FDP)	13483
Anja Piel (GRÜNE).....	13486
Stephan Weil , Ministerpräsident	13488
Jens Nacke (CDU)	13493

Nächste Sitzung.....	13496
----------------------	-------

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführerin	Karin Bertholdes-Sandrock (CDU)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Stephan Weil (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg Mielke, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Boris Pistorius (SPD)	Staatssekretär Stephan Manke, Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD)	Staatssekretär Frank Doods, Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Cornelia Rundt (SPD)	Staatssekretär Jörg Röhmann, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD)	Staatssekretärin Erika Huxhold, Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Olaf Lies (SPD)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Christian Meyer (GRÜNE)	
Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)	Staatssekretärin Stefanie Otte, Justizministerium
Ministerin für Wissenschaft und Kultur Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)	
Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Stefan Wenzel (GRÜNE)	Staatssekretärin Almut Kottwitz, Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 11.02 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie namens des Präsidiums heute Morgen ganz herzlich, und gemäß guter Tradition wünschen wir Ihnen einen guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Ich eröffne die 134. Sitzung im 48. Tagungsabschnitt des Landtages der 17. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten

Das Haus ist nahezu komplett besetzt, sodass ich schon jetzt die **Beschlussfähigkeit** feststellen darf.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, hat am Montag dieser Woche eine Gesprächsrunde mit den Vorsitzenden der Fraktionen, dem Ministerpräsidenten, der Landeswahlleiterin und Vertretern der Landtagsverwaltung stattgefunden, in der das weitere Vorgehen nach dem Fraktionswechsel der Abgeordneten Twesten erörtert wurde.

Ein Ergebnis der Besprechung war, dass die Landtagswahl auf den 15. Oktober 2017 vorgezogen werden soll. Um den Weg dafür zu bereiten, haben Abgeordnete aller Fraktionen die Einberufung einer zusätzlichen Sitzung des Landtages verlangt, um den von diesen Abgeordneten vorgelegten Antrag auf Auflösung des Landtages der 17. Wahlperiode besprechen zu können. Der Antrag liegt Ihnen in der Drucksache 17/8541 vor.

Ich habe daraufhin mit Schreiben vom 7. August 2017 - frühestmöglich - zu der heutigen Sitzung eingeladen. Auf die Ihnen vorliegende Tagesordnung hat sich der Ältestenrat gestern verständigt. Die heutige Sitzung soll respektive kann demnach gegen 12.40 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr Herr Brinkmann als Schriftführer mit.

Schriftführer Markus Brinkmann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Für die heutige Sitzung hat sich entschuldigt: von der Fraktion der SPD der Kollege Karsten Becker.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Brinkmann. - Meine Damen und Herren, ich gehe über zu dem

Tagesordnungspunkt 2:

Wahl einer Schriftführerin oder eines Schriftführers des Niedersächsischen Landtages

Nachdem die Kollegin Elke Twesten gemäß § 5 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung aus dem Präsidium ausgeschieden ist, ist das Amt einer Schriftführerin oder eines Schriftführers neu zu besetzen.

Die vorschlagsberechtigte Fraktion der CDU hat als neues Präsidiumsmitglied die Abgeordnete Karin Bertholdes-Sandrock vorgeschlagen.

Nach § 5 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung kann das neue Präsidiumsmitglied durch Handzeichen gewählt werden, wenn kein anwesendes Mitglied des Landtages widerspricht. Bei Widerspruch müssten wir mit Stimmzetteln wählen.

Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, daher, ob es Widerspruch gegen die Wahl durch Handzeichen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Wer also die Abgeordnete Karin Bertholdes-Sandrock zur Schriftführerin wählen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. - Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme und, wenn ich es richtig gesehen habe, drei Enthaltungen ist damit die Kollegin mit großer Mehrheit zur Schriftführerin gewählt.

Frau Bertholdes-Sandrock, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]:
Ja, ich nehme die Wahl an! Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen für ihre Zustimmung! - Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem neuen Amt und wünsche Ihnen ein erfolgreiches Wirken in diesem Präsidium.

Meine Damen und Herren, ich gehe über zu dem

Tagesordnungspunkt 3:

Besprechung:

Auflösung des Niedersächsischen Landtages -

Antrag der Abgeordneten Björn Thümler (CDU), Johanne Modder (SPD), Anja Piel (Bündnis 90/Die Grünen) und Christian Dürr (FDP) sowie 71 weiterer Mitglieder dieser Fraktionen - Drs. 17/8541

Mit dem Ihnen in der Drucksache 17/8541 vorliegenden Antrag haben insgesamt 75 Mitglieder dieses Hauses am 7. August 2017 beantragt, den Landtag der 17. Wahlperiode aufzulösen.

Nach Artikel 10 der Niedersächsischen Verfassung kann der Landtag seine Auflösung beschließen. Der Antrag auf Auflösung kann nur von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Landtages gestellt werden. Bei derzeit 137 Mitgliedern des Landtages ist das geforderte Quorum von 46 Mitgliedern durch die Anzahl der Antragsteller erfüllt.

Zu dem Beschluss ist die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens jedoch die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Landtages erforderlich. Der Beschluss wäre sodann unwiderruflich.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Beratung. Die Redezeiten entnehmen Sie bitte der Tagesordnung. Mir liegt als erste Wortmeldung die des Abgeordneten Björn Thümler, CDU, vor. Herr Thümler, ich erteile Ihnen das Wort. Bitte sehr!

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute stellen wir hier im Niedersächsischen Landtag die Weichen für einen längst fälligen politischen Neuanfang in unserem Bundesland.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass diese Botschaft auch auf der Regierungsbank ankommt, die sich um die Rechte dieses Parlaments in den vergangenen viereinhalb Jahren wenig geschert hat. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern: Allein die CDU-Landtagsfraktion musste sechsmal vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg klagen, um grundlegende Rechte dieses Parlamentes durchzusetzen. Beispielfhaft nenne ich das Recht der Aktenvorlage, das Fragerecht und das

Recht, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

In dem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass es doch etwas komisch anmutet, dass die Landesregierung gerade noch im Juni die Geschäftsordnung der Landesregierung verändert hat, und zwar so verändert hat, dass Oppositionsrechte dieses Hauses künftig schwieriger einzufordern sein werden, weil man viele Aktenbestandteile für vertraulich erklärt hat. Das mutet angesichts der eigenen Transparenzregeln, die hier eingebracht worden sind, doch schon ziemlich komisch an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es gilt, an dieser Stelle mit einer Legende aufzuräumen, an der der noch amtierende Ministerpräsident seit letzter Woche eifrig strickt.

Tatsache ist: Diese rot-grüne Landesregierung war lange vor dem „schwarzen Freitag“ ins Straucheln geraten. Zerfallserscheinungen und mangelnder Gestaltungs- und Entscheidungswille dieser Koalition waren für aufmerksame Beobachter schon seit vielen Monaten erkennbar.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Filiz Polat [GRÜNE]: Herr Thümler,
netter Versuch, das umzudrehen!)

Ich nenne beispielhaft folgende Schlagzeilen:

Braunschweiger Zeitung vom 10. Juni 2015 - nach dem OVG-Urteil zur Lehrermehrarbeit -: „Lehrstunde für Weil“.

Nordwest-Zeitung vom 12. Juni 2015: „Politik sorgt für Chaos an Schulen“.

Rundblick vom 22. Februar 2016: „Niedersachsens Haltung zum Asylpaket II völlig unklar“.

HAZ vom 29. Februar 2016: „Neue Autobahnen - Streit bei Rot-Grün“.

Nordwest-Zeitung vom 13. Februar 2017: „Neues Wassergesetz spaltet Koalition“.

Nordwest-Zeitung vom 12. März 2017: „Krach um Küstenautobahn“.

Weser-Kurier vom 18. April 2017: „Lust auf Rauferei - Ein Jahr vor der Landtagswahl werden die Auseinandersetzungen der rot-grünen Regierungskoalition härter“.

HAZ vom 24. Juni 2017 - nach neuen Enthüllungen in der Vergabeaffäre -: „Hat Weil noch alles im Griff?“.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Das ist aber eine uninspirierte Rede!)

Meine Damen und Herren, ich denke, diese wenigen Schlagzeilen sprechen für sich und ließen sich beliebig erweitern. Sie, meine Damen und Herren, sind mit Ihrer Politik am Ende gewesen, und das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Tatsächlich ist die Abschlussbilanz von Rot-Grün gekennzeichnet durch das fortlaufende Chaos an den Schulen - jetzt gerade nach dem Beginn der Schule nach den Sommerferien wieder erkennbar -, den katastrophalen Unterrichtsausfall, den Sie, meine Damen und Herren, durch Ihre Unfähigkeit zu verantworten haben - der geht zulasten der Lehrer, der Eltern und der Kinder an den Schulen; das ist die Wahrheit -,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ihre schweren Versäumnisse bei der inneren Sicherheit und das rot-grüne Stillhalteabkommen zulasten der Infrastruktur in diesem Land, was eben nicht nur die Menschen, sondern auch die Wirtschaftsunternehmen in diesem Land stark belastet, meine Damen und Herren. Dazu kommen Ämterpatronage, Genossenfilz und die Vergabeaffären.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei den GRÜNEN - Anja Piel [GRÜNE]: Langsam, langsam!)

Meine Damen und Herren, noch im Wahlkampf hatte der Spitzenkandidat der SPD vollmundig versprochen: „Anpacken. Besser machen.“ Im rot-grünen Regierungsalltag wurde daraus: „Liegen lassen. Später machen.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Zahl ist eindeutig: 40 Gesetzesinitiativen sind in der Warteschleife. Das grenzt doch an Arbeitsverweigerung. Großen Worten folgten allzu oft nur kleine oder eben auch gar keine Taten. Und wenn Sie jetzt durchs Land ziehen und allen alles versprechen, ist das genauso unglaublich.

(Petra Tiemann [SPD]: Das sagt gerade der Richtige mit dem Versprechen!)

Sie hätten es in einem strukturierten Prozess machen können. Das haben Sie nicht hingekriegt. Deswegen sind Sie an sich selbst gescheitert. Und das ist die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Genauso verhält es sich mit dem Polizeigesetz, meine Damen und Herren. Das Innenministerium und das Justizministerium haben noch im Januar dieses Jahres vollmundig angekündigt, ein beraterreifes Gesetz vorzulegen. - Darauf warten wir bis heute.

(Anja Piel [GRÜNE]: Darauf warten Sie? Das ist ja lustig!)

Gerade gestern in der Landespressekonferenz hat ein Vertreter des Innenministeriums doch tatsächlich - und das grenzt an Fake News, meine Damen und Herren -

(Marcus Bosse [SPD]: Das macht ihr ja!)

gesagt, es liege in Sachen SOG gerade nichts vor. - Gerade liegt hier nichts vor, meine Damen und Herren, nichts! Weder bei den Mitgliedern des Innenausschusses noch beim GBD, noch sonst irgendwo! Sie machen Politik für die Schaufenster, meine Damen und Herren, und das ist Ihr Problem.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es hilft im Übrigen auch nicht, wenn Sie in Polizeiorganisationseinheiten genau diesen Unsinn verbreiten. Das wird entlarvt werden; davon können Sie ausgehen.

(Johanne Modder [SPD]: Reden Sie doch mal über den eigentlichen Anlass dieser Sitzung!)

Ebenso frage ich: Wo ist denn die beratungsfähige Novelle des Ladenöffnungsgesetzes, auf die die Kommunen und viele Einzelhändler so dringend warten? Da werkelt das Ministerium am ersten Entwurf vor sich hin. Er wird von den Beteiligten in der Luft zerrissen. Mit spitzen Fingern wird diese Novelle in den Landtag abgeschoben: Seht zu, dass ihr daraus was macht! - Daraus kann man aber nichts machen, meine Damen und Herren, außer, es wegschmeißen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Viel zu spät und quasi auf der Zielgeraden produzieren Sie Gesetzentwürfe am Fließband, deren handwerkliche Qualität dazu noch schlecht ist. Dazu der *Rundblick*, zitiert vom 10. Mai 2017: „Landtagsjuristen fühlen sich von Flut an Gesetzen überfordert“. Und nicht nur überfordert durch die Flut, sondern die Qualität schlägt dem Fass den Boden aus.

Das alles, meine Damen und Herren, ist doch Ausdruck mangelnder Steuerung und fehlender Koordinierung durch die Staatskanzlei in der Verantwortung dieses Ministerpräsidenten!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Seit Freitag, so hat es die Kollegin Modder ausgerufen, befindet sich Niedersachsen im Wahlkampf. Diesen Wahlkampf - auch mit seinen Schattenseiten - hat der Ministerpräsident höchstselbst eröffnet.

(Lachen bei der SPD)

Er führte sich bereits am Freitag wie ein Rumpelstilzchen auf.

(Zurufe von der SPD)

Dieser Auftritt am vergangenen Freitag war unsouverän, und er war, wie wir heute wissen, Teil einer gezielten initiierten Empörung.

(Zuruf von Johanne Modder [SPD])

Um auch hier jedweder Legendenbildung vorzubeugen: Für die Klimavergiftung der letzten Tage waren vor allem Sozialdemokraten verantwortlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Anja Piel [GRÜNE]: Kennen Sie andere Sozialdemokraten als wir, Herr Thümler?)

Meine Damen und Herren, es waren die Herren Stegner, Oppermann, Heil, Tanke und Sie, Herr Weil. Sie alle sprachen von Intrigen

(Johanne Modder [SPD]: Ja!)

und Verrat,

(Zuruf von der SPD: Ja!)

von absurden Unterstellungen, für die es keinerlei Anhaltspunkte gibt, meine Damen und Herren.

(Zuruf von den GRÜNEN! Gar keine!)

Ihr Problem ist, meine Damen und Herren, dass Sie endlich einmal begreifen müssen, dass eine Abgeordnete aus freien Stücken Ihre Koalition verlassen hat, dass sie die Partei der Grünen verlassen hat, auch wenn es für Sie vollkommen unvorstellbar ist, dass das überhaupt passieren kann,

(Zuruf von Filiz Polat [GRÜNE]: So werden Sie Ihren Direktwahlkreis bestimmt nicht gewinnen!)

weil sie entschieden hat, dass die Politik, die Sie machen, eben nicht mehr ihre Politik ist. Und das ist ein demokratischer Vorgang.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wissen Sie: Sie können noch lauter schreien - es macht mir nichts aus,

(Filiz Polat [GRÜNE]: Wir schreien doch gar nicht!)

weil am Ende des Tages Ihnen Ihr Dogma im Weg steht. Das ist Ihr Problem. Sie können nicht akzeptieren, dass jemand Ihrer Partei den Rücken kehrt, weil das für Sie wie Verrat klingt.

(Zuruf von Johanne Modder [SPD] - Anja Piel [GRÜNE]: Moment! Das sind wir!)

Das ist aber kein Verrat, sondern ein demokratischer Vorgang. Deswegen ist das Ihr Problem, nicht aber das Problem vieler anderer Menschen.

(Zurufe)

Im Übrigen: Ihnen sollte bewusst sein, meine Damen und Herren, dass Sie mit Ihren Unterstellungen den Boden für die abgründigen, teils menschenverachtenden Kommentare in den sozialen Netzwerken bereitet haben. Das müssen Sie endlich einmal verstehen und zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wovon war die rot-grüne Regierungszeit sonst geprägt? Ich nenne beispielhaft die Paschedag-Affäre, die durchsichtige Kampagne um die angeblich rechtswidrige Speicherpraxis im Verfassungsschutz, die Edathy-Affäre und die noch immer ungeklärte Rolle von Mitgliedern dieser Landesregierung,

(Anja Piel [GRÜNE]: Herr Thümler, das ist so unglaublich!)

die Vergabeaffären der Staatskanzlei und des Wirtschaftsministeriums. Ebenso erinnere ich an den völlig übertriebenen Jagdeifer im Falle des Präsidenten der Landesschulbehörde, der sich tatsächlich nichts, aber auch gar nichts hat zuschulden kommen lassen. Dessen Dienstwagen wurde heimlich mit einem Peilsender bestückt. Dessen Wohnung wurde durchsucht. Sie sollten mal darüber nachdenken, was das in einem Menschen bewirkt, dem so etwas widerfährt, obwohl er

unschuldig ist. Das fällt in Ihre Verantwortung, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, dazu kommen die öffentliche Vorverurteilung des Celler Generalstaatsanwalts zu einem Zeitpunkt, zu dem der Chef der Staatskanzlei wegen des Explosionsunglücks in Ritterhude in höchste Bedrängnis geraten war, die Einschüchterung von Landesbeamten - seien es Lehrer, Polizeibeamte oder andere - durch ihre jeweiligen oberen Dienstherren und nicht zuletzt der vollzogene Rücktritt zweier Staatssekretäre.

Deshalb: Von Ihnen brauchen wir wirklich keine Nachhilfe in Sachen Moral und Anstand, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

Für uns Christdemokraten kann ich sagen: Wir werden uns nicht in eine Ihrer Schlammschlachten hineinziehen lassen.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir wollen und werden in den nächsten Wochen über Inhalte reden.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Seit wann das denn? - Weitere Zurufe)

Deswegen wollen wir erstens endlich wieder Ruhe an unseren Schulen einkehren lassen. Wir wollen erreichen, dass wieder genügend Unterricht erteilt wird, dass das Kindeswohl im Mittelpunkt des Handelns der Bildungspolitik steht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Das haben Sie zehn Jahre lang bewiesen!)

Zweitens. Wir wollen Niedersachsen wieder sicherer machen. Wir wollen Polizei und Verfassungsschutz alle notwendigen Instrumente an die Hand geben, um die Bürger wirkungsvoll zu schützen - schützen vor Chaoten, die die Krawalle u. a. auch in Hamburg herbeigeführt haben, meine Damen und Herren. Das ist längst überfällig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Drittens. Wir wollen dem ländlichen Raum endlich wieder Entwicklungsperspektiven geben. Wir werden über notwendige Veränderungen mit den

Menschen im ländlichen Raum reden und nicht ständig gegen sie handeln, meine Damen und Herren.

Deswegen ist es richtig und gut, dass der Niedersächsische Landtag die Kraft hat, sich selbst aufzulösen, Neuwahlen festzusetzen und diese am 15. Oktober stattfinden zu lassen. Ich bin mir sehr sicher, dass wir es schaffen werden, gemeinsam einen vernünftigen Wahlkampf zu machen, der nicht in einer Schlammschlacht endet. Wir werden uns daran nicht beteiligen, meine Damen und Herren.

(Petra Tiemann [SPD]: Ihr habt doch damit angefangen!)

Der Wähler hat jetzt das Wort.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Thümler.

Meine Damen und Herren, bevor ich gleich Frau Modder das Wort erteile, folgender Hinweis: Wir brauchen für eine solche Debatte eine gewisse Ruhe. Jeder Redner soll ungestört reden können. Und alle möchten gern zuhören. Halten Sie sich deshalb bei aller zum Teil verständlichen Emotion mit Zwischenrufen und Ähnlichem zurück. Ich denke, das funktioniert.

Jetzt spricht Frau Modder für die SPD-Fraktion. Bitte sehr!

Johanne Modder (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kommen wir zum eigentlichen Thema dieser heutigen Sondersitzung!

Die heutige Sondersitzung mit der ersten Beratung des Antrages zur Selbstaflösung des Landtages ist zwar kein einmaliger, aber schon ein sehr besonderer Vorgang. Die Beratungen, die wir heute aufnehmen und dann am 21. August zum Abschluss bringen, werden ohne Zweifel in die Geschichte des Landes Niedersachsen eingehen. Die 17. Wahlperiode wird damit ein vorzeitiges Ende nehmen.

Seit dem vergangenen Freitag steht fest: Rot-Grün in Niedersachsen hat trotz des eindeutigen Wahlergebnisses von 2013 keine Mehrheit mehr. - Ich gebe zu: Das ist enttäuschend, enttäuschend auch deshalb, weil diese Einstimmenmehrheit seit 2013 stabil und geschlossen stand.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dafür danke ich meiner Fraktion und auch der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen ganz herzlich. Wir haben gemeinsam vieles auf den Weg gebracht und unser Bundesland auch angesichts der großen Herausforderungen wie den Flüchtlingsbewegungen ruhig und stabil geführt und regiert. Die Menschen in Niedersachsen haben das gespürt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben uns nicht vom Geschrei der Opposition irritieren lassen, die ihre Wahlniederlage aus 2013 nie wirklich verwunden hat,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

vom Geschrei einer Opposition, die keine Gelegenheit ausgelassen hat, den Versuch zu starten, uns, Rot-Grün, auseinanderzudividieren. Das ist Ihnen nicht gelungen. Und das wird Ihnen auch in Zukunft nicht gelingen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben in viereinhalb Jahren keine einzige Abstimmung verloren. Auch mit den vielen namentlichen Abstimmungen konnten Sie uns nicht in die Enge treiben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dass sich Mehrheiten in einer Demokratie verändern können, ist etwas völlig Normales, und das ist auch gut so. Allerdings - das betone ich hier ausdrücklich - sollten über diese Mehrheiten die Wählerinnen und Wähler entscheiden, nicht aber einzelne persönlich enttäuschte Abgeordnete.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund kann und will ich es Ihnen, Frau Twesten, nicht ersparen, Sie auch persönlich anzusprechen. Die zahlreichen Fragen, die sich aus Ihrem Verhalten und Andeutungen der letzten Tage ergeben, werden Sie, aber auch die CDU als aufnehmende Partei und Fraktion beantworten müssen.

(Detlef Tanke [SPD]: Genau!)

Das freie Mandat gilt selbstverständlich auch für Sie, Frau Twesten. Ihr Übertritt zur Fraktion der CDU ist juristisch nicht zu beanstanden.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Besonders mit Blick auf die politische Kultur in unserem Lande gibt es aber einen großen und bedeutsamen Unterschied: Nicht alles, was legal ist, ist auch legitim.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Um es mit den Worten Helmut Schmidts in seiner letzten Rede als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu sagen: Ihre Verhaltensweise ist legal, aber sie hat keine innere moralische Rechtfertigung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn es einen Entfremdungsprozess von Ihrer ehemaligen Partei gegeben hat - so haben Sie das ja den Medien geschildert -, dann hätten Sie in Ihrer Reaktion darauf konsequent sein können und müssen, Frau Twesten. Dann hätten Sie im Juni dieses Jahres, also vor ungefähr zwei Monaten, gar nicht mehr versuchen dürfen, erneut für Ihre alte Partei in Ihrem Wahlkreis anzutreten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie gehören diesem Parlament an, weil die Partei Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2013 so viele Zweitstimmen erhalten hat, dass Sie über die Landesliste in den Niedersächsischen Landtag einziehen konnten.

(Jens Nacke [CDU]: Imperatives Mandat?)

Die Wählerinnen und Wähler dieses Landes haben Sie mit einem klaren Auftrag in dieses Hohe Haus entsandt. Sie sitzen in diesem Parlament, um die Inhalte der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu vertreten. Das sind übrigens Inhalte, für die Sie in den letzten Jahren und Monaten durchaus leidenschaftlich gestritten haben. Ich erinnere an die Beratungen zum niedersächsischen Gleichstellungsgesetz,

(Detlef Tanke [SPD]: Hört, hört!)

in denen Sie sich sehr für dieses Gesetzesvorhaben engagiert haben, vor allem auch gegen den Widerstand der Kolleginnen und Kollegen von der

CDU. Ich glaube, die werden sich daran noch lebhaft erinnern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben am vergangenen Freitag sogar noch den Wunsch geäußert, dass dieses Gesetz noch in der laufenden Legislaturperiode bitte verabschiedet wird.

(Zurufe von der SPD)

Das ist ein Gesetz, zu dem Ihr neuer sozialpolitischer Sprecher, Herr Matthiesen, bereits angekündigt hat, dass es in dieser Legislaturperiode definitiv nicht mehr kommen wird. Ich fürchte, Frau Twesten, Sie haben tatsächlich Ihren inneren moralischen Kompass verloren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Obermoralisten! - Ulf Thiele [CDU]: Geht das schon wieder los?)

Ebenso mutet es merkwürdig an, dass Sie im Rahmen einer Pressekonferenz, die Sie direkt nach Ihrem Austritt bei den Grünen gemeinsam mit Herrn Thümler - - -

(Christian Grascha [FDP]: Wollen Sie so den Wahlkampf führen? - Christian Dürr [FDP]: So wollen Sie Wahlkampf führen: „Es geht nicht um das Land. Es geht nur um die SPD. Es geht nur um die SPD.“? - Weitere Zurufe)

- Sie müssen das einfach ertragen. Von Ihnen lasse ich mir zum Thema Moral gar nichts erklären, Herr Dürr. Gar nichts!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In der gesamten gemeinsamen Pressekonferenz mit Herrn Thümler ist Ihnen nicht ein einziges politisches Sachargument für Ihren Partei- und Fraktionswechsel über die Lippen gekommen. Nicht ein einziges! Stattdessen schieben Sie einen Tag später in einem Interview mit der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* den Umgang dieser Landesregierung mit dem Wolf als Grund für Ihren Seitenwechsel vor. Ich will das an dieser Stelle aber nicht weiter kommentieren.

(Marcus Bosse [SPD]: Der muss für alles herhalten!)

Meine Damen und Herren, das freie Abgeordnetenmandat ist ein hohes Gut. Es schützt die Mit-

glieder des Landtages vor der Einflussnahme von außen, und es garantiert die freie Gewissensentscheidung der gewählten Abgeordneten. In diesem speziellen Fall muss man sich aber doch die Frage stellen, ob hier jemand wirklich ausschließlich seinem Gewissen gefolgt ist oder ob nicht vielmehr andere Faktoren die entscheidende Rolle gespielt haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Detlef Tanke [SPD]: Eine rhetorische Frage!)

Frau Twesten, wenn Sie mit der Politik dieser rot-grünen Landesregierung inhaltlich nicht länger einverstanden gewesen wären, dann wäre es nur konsequent gewesen, Ihr Mandat zurückzugeben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Menschen in diesem Land sehen das übrigens genauso. Ich möchte einmal an eine Umfrage erinnern: Sogar 50 % der Anhänger der Union sind dieser Umfrage zufolge der Ansicht, dass Sie Ihr Mandat hätten niederlegen sollen.

(Zurufe von der CDU)

- Das werden Sie ja bei den anstehenden Wahlen merken. Viel Spaß bei den Tür-zu-Tür-Aktionen.

Diesen Schritt aber wollen Sie offenbar nicht gehen. Ich kann für Ihr Verhalten bei allen Bemühungen keinen einzigen Grund finden, sondern nur schieren Eigennutz. Sie haben mit Ihrer Entscheidung nicht nur das Ende der rot-grünen Mehrheit in diesem Haus herbeigeführt, Sie haben mit Ihrem Verhalten auch der Demokratie in diesem Land einen ernsthaften Schaden zugefügt.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben sich eigenmächtig und ohne inhaltliche Begründung über den Willen der Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen hinweggesetzt.

Meine Damen und Herren, ich habe es vorhin bereits gesagt: Auch Sie, meine Damen und Herren von der Union, müssen sich in diesem Zusammenhang unangenehme Fragen stellen lassen. Sie müssen den Menschen in Niedersachsen erklären, unter welchen genauen Umständen der Fraktionswechsel von Frau Twesten zustande gekommen ist. Wann haben Sie erstmals über einen Fraktionswechsel gesprochen, und wer hat diese konkreten Gespräche mit Frau Twesten geführt?

(Christian Grascha [FDP]: Wollen Sie so die Wahlen gewinnen?)

Was die Menschen in Niedersachsen am allermeisten interessiert, ist: Was für ein Preis wurde gezahlt?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Dr. Max Matthiesen [CDU]: Unterstellungen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Das sind die Fragen, die Sie zu beantworten haben, meine Damen und Herren von der CDU. Ich finde es bezeichnend, dass Sie es offenbar nicht für nötig halten, die Öffentlichkeit über diese Hintergründe zu informieren.

(Christian Grascha [FDP]: Ihr Niveau ist erschreckend!)

Auch auf offenkundige Widersprüche antworten Sie nur mit: Kein Kommentar. - Für mich ein Armutzeugnis.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Menschen in diesem Land haben ein sehr feines Gespür für derartige Vorgänge, die nicht anders als „schlicht unanständig“ zu bezeichnen sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ebenso bezeichnend ist es, dass Sie sich nach dem Partei- und Fraktionswechsel von Frau Twes-ten nicht zur Durchführung eines konstruktiven Misstrauensvotums durchringen konnten.

(Zuruf von der SPD: Keine Mehrheit!)

Aus meiner Sicht gibt es dafür zwei Gründe: Entweder merken Sie langsam selbst - was ich Ihnen wünschen würde -, dass dieses Manöver für Sie völlig danebengegangen ist, oder aber Ihnen hat schlichtweg die Mehrheit dazu gefehlt.

Meine Damen und Herren, nach den Ereignissen vom vergangenen Freitag war für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sofort klar, dass nun die Wählerinnen und Wähler so schnell wie möglich über die Mehrheitsverhältnisse in diesem Land entscheiden müssen. Ich bin unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil sehr dankbar, dass er bereits am Freitagnachmittag unmissverständlich klar gemacht hat, dass er zu diesem Zweck eine möglichst rasche, aber verfassungskonforme Neuwahl anstrebt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Fraktion hat bereits am gleichen Tag einen Antrag auf Auflösung des Landtags beschlossen.

(Zuruf von Jens Nacke [CDU])

- Ich glaube, ich habe an der Fraktionssitzung teilgenommen, Sie aber nicht, Herr Nacke. Insofern möchte ich mir so etwas verbitten.

(Jens Nacke [CDU]: Ich habe keinen Antrag gesehen! Den Antrag haben wir Ihnen übergetragen, damit Sie überhaupt einen haben! Sie haben doch gar keinen Antrag gestellt!)

Ich bin froh darüber, dass es trotz der außergewöhnlichen Entwicklungen und der harten Auseinandersetzungen der letzten Tage gelungen ist - - -

(Jens Nacke [CDU]: Wir haben ihn geschrieben und Ihnen übergebracht!)

- Ich versuche doch, gleich darauf - - -

Präsident Bernd Busemann:

Ruhe bitte! Sie haben ja noch Redezeit.

Johanne Modder (SPD):

Ganz ruhig bleiben! Ihr müsst erklären, nicht ich.

(Zuruf von Jens Nacke [CDU])

Präsident Bernd Busemann:

Herr Nacke, bitte!

Johanne Modder (SPD):

Ich bin froh darüber, dass es trotz der außergewöhnlichen Entwicklungen und der harten Auseinandersetzungen der letzten Tage gelungen ist, zu einem parteiübergreifend einvernehmlichen Verfahren zu finden, um die dringend notwendigen Neuwahlen am 15. Oktober dieses Jahres durchzuführen. Allerdings waren insbesondere die Vorstellungen der CDU von der Wahrung der allgemeinen Wahlrechtsgrundsätze, milde gesagt, abenteuerlich, genaugenommen sogar verfassungswidrig.

Meine Damen und Herren, die Mitglieder meiner Fraktion können ebenso wie die Mitglieder dieser rot-grünen Landesregierung mit Stolz auf die vergangenen viereinhalb Jahre zurückschauen. Seit dem Amtsantritt im Jahr 2013 hat diese Landesregierung mit Unterstützung der sie tragenden Frak-

tionen vieles erreicht, und sie hat Niedersachsen zum Besseren hin verändert.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Bitte?)

Unser Land steht nach viereinhalb Jahren Rot-Grün in allen relevanten Bereichen besser da als nach zehn Jahren Schwarz-Gelb im Jahr 2013.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Detlef Tanke [SPD]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, da die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP offenbar nicht ganz so verfassungsfest sind, wie sie manchmal gern behaupten, will ich an dieser Stelle nur ein paar Dinge klarstellen.

Als Allererstes halte ich fest: Der gewählte Ministerpräsident dieses Landes und der Chef dieser rot-grünen Landesregierung ist und bleibt bis zum letzten Tag dieser Wahlperiode Stephan Weil. Er wird im Übrigen auch der neue Ministerpräsident dieses Landes sein.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn Sie, Herr Dr. Birkner, davon sprechen, dass die Landesregierung - Zitat - „geschäftsführend im Amt“ sei, dann kann ich Ihnen nur noch mal empfehlen, den Unterschied zwischen einer Auflösung des Landtags und dem Rücktritt eines Ministerpräsidenten nachzuschlagen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das hat ungefähr die gleiche Wirkung!)

Zweitens. Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stehen bis zum letzten Tag dieser Wahlperiode zu ihrem Koalitionsvertrag und zu den inhaltlichen Verabredungen,

(Christian Grascha [FDP]: Nur Durchhalteparolen! Nur Durchhalteparolen!)

und wir lassen uns von Ihrem durchsichtigen Manöver nicht auseinanderdividieren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Landtagskoalition wird bis zum letzten Tag dieser Legislaturperiode konstruktiv zum Wohl der Menschen in unserem Lande an allen Gesetzesvorhaben mitwirken. Wir machen Politik, um das Leben der Menschen in Niedersachsen zu verbessern. Von

dieser Linie werden wir weder heute noch an einem anderen Tag auch nur einen Zentimeter abrücken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit der Einbringung des Antrags auf Auflösung des Landtages schreiben wir alle am heutigen Tag gemeinsam Geschichte. Ich hoffe, dass wir in den kommenden Wochen bis zur Neuwahl am 15. Oktober einen in der Sache harten, aber dennoch sachlich geführten Wahlkampf erleben werden, auch wenn der Wahlkampfauftakt des CDU-Spitzenkandidaten diese Hoffnung nicht unbedingt stützt.

Dieses Land braucht so schnell wie möglich wieder Klarheit über die politischen Verhältnisse. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht fest, dass jetzt die Wählerinnen und Wähler das Wort haben müssen. Sie werden am 15. Oktober über die Zusammensetzung des nächsten Landtages abstimmen. Und von einem bin ich felsenfest überzeugt, meine Damen und Herren von der CDU: Für diese Vorgänge wie für die unsauberen Auseinandersetzungen rund um VW werden Sie von den Wählerinnen und Wählern Ihren Denkkettel bekommen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Modder. - Meine Damen und Herren, es folgt jetzt für die FDP eine Rede von Herrn Dr. Stefan Birkner. Bitte sehr!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit der letzten Woche ist Rot-Grün nach Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein nun auch in Niedersachsen Geschichte.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Miriam Staudte [GRÜNE]: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben!)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben keine Mehrheit mehr. Sie sind gescheitert, und zwar an sich selbst, nicht an Elke Twesten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie, Herr Ministerpräsident, sind an Ihrem Unvermögen gescheitert, solide und handwerklich sau-

ber zu regieren. Schon die ersten Tage Ihrer Regierungszeit sind durch chaotische Zustände geprägt gewesen.

(Detlef Tanke [SPD]: Hört sich ein bisschen konstruiert an!)

Die Umstände der Ernennung des damaligen Staatssekretärs Paschedag von den Grünen, seine Selbstgefälligkeit und seine Entlassung auf Kosten des Steuerzahlers sind noch in guter Erinnerung. Das Chaos, meine Damen und Herren, hält bis heute an. Ihr eigener Chef der Staatskanzlei resümierte kürzlich zur Vergabeaffäre, dass es seit Ihrer Regierungsübernahme - ich zitiere - „erhebliche handwerkliche und rechtliche Mängel“ gegeben habe, und das, obwohl - oder wohl eher: weil - die Staatskanzlei über vier hochbezahlte SPD-Staatssekretärinnen und -staatssekretäre verfügt, die auch schon einmal eine externe Moderation bemühen müssen, um überhaupt miteinander ins Gespräch zu kommen.

(Christian Grascha [FDP]: So ist es!)

In der Staatskanzlei und auch im Wirtschaftsministerium ist es bei Vergaben über Jahre hinweg zu erheblichen Rechtsverstößen gekommen. Aber anders als Minister Lies haben Sie, Herr Ministerpräsident, eben nicht die Kraft aufgebracht, die Sache konsequent aufzuklären und personelle Konsequenzen zu ziehen. Sie bringen damit zum Ausdruck, dass Sie rechtswidriges Handeln in Ihrem Hause dulden, und machen den durch Ihre Staatssekretärin zu verantwortenden Genossenfilz damit zu Ihrer Sache.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Christian Grascha [FDP]: So ist es!)

Dabei ist Ihnen offensichtlich völlig gleichgültig, dass Sie nicht nur Ihre persönliche Durchsetzungsfähigkeit infrage stellen, sondern auch, dass Sie das Ihnen anvertraute Amt beschädigen und so den Interessen des Landes schaden.

Meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, Sie haben in der noch laufenden Legislaturperiode zu keinem Zeitpunkt einen souveränen Umgang mit dem Parlament und der parlamentarischen Minderheit gefunden. Im Gegenteil: Sie sind immer wieder der Arroganz der Macht erlegen. Nicht nur, dass Rot-Grün parlamentarische Gepflogenheiten der fairen Zusammenarbeit in den Ausschüssen regelmäßig verletzt hat. Sie sind insgesamt sechsmal wegen Verfassungsbruchs verurteilt worden, weil Sie jeweils für das Funktio-

nieren der parlamentarischen Demokratie erforderliche Regeln grob missachtet haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das, meine Damen und Herren, dürfte ein neuer, trauriger Rekord sein, mit dem Sie in die Landesgeschichte eingehen. Sie, Herr Ministerpräsident, haben damit in der niedersächsischen Verfassungsgeschichte einen neuen Tiefpunkt markiert.

Meine Damen und Herren, aber auch in anderen Fällen haben SPD und Grüne die politische Opportunität über Recht und Gesetz gestellt, so beispielsweise, als Sie sich weigerten, die Immunität des Kollegen Schminke aufzuheben, um ihn damit vor der Durchführung eines rechtsstaatlichen Ermittlungsverfahrens zu schützen,

(Christian Dürr [FDP]: Ganz genau!)

oder indem bei der Terrorismusbekämpfung aus falsch verstandener Toleranz die rechtlichen Instrumentarien von Polizei und Verfassungsschutz nicht angewandt werden durften.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie sind an sich selbst gescheitert und eben nicht an Elke Twesten.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es wird Ihnen auch nicht gelingen, sich nun als bemitleidenswertes Opfer zu präsentieren. Diese von Ihnen neu verfolgte Strategie ist Ausdruck von Schwäche; denn sie soll von den für das Land eigentlich wichtigen, inhaltlichen Fragestellungen und von Ihrer überschaubaren bis miserablen Regierungsbilanz ablenken. Weil Sie dort nichts Überzeugendes und Zukunftsweisendes zu bieten haben, versuchen Sie es mit Mitleid.

Ihr Vorgehen ist auch respektlos; denn bei allen berechtigten Fragen und kritischen Anmerkungen, denen sich die Kollegin Twesten ohne Zweifel stellen muss, machen Sie sie für Ihre Mitleidsnummer zum Mittel zum Zweck,

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

und das, obwohl die Kollegin Twesten die ihr von Verfassung wegen zustehenden Rechte in Anspruch genommen hat.

(Anja Piel [GRÜNE]: Das hat keiner bestritten!)

Dieses Verhalten, Herr Ministerpräsident - Frau Modder hat ja eben in das gleiche Horn gestoßen und es im Prinzip wiederholt -, würde ich als unsäglich und schädlich für die Demokratie bezeichnen, um es mit Ihren eigenen Worten zu sagen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Mit der Wortwahl, die Ihre ist, und der Strategie, die Sie verfolgen - übrigens begleitet von den Posts Ihrer Partei; Sie sind ja auch Landesvorsitzender, Herr Ministerpräsident -, haben Sie die Grundlage für die verbale Hetzjagd in den sozialen Medien auf die Kollegin gesetzt.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund ist es schon sehr bemerkenswert, dass gerade Sie jetzt eine Verschärfung der Tonlage in der politischen Auseinandersetzung beklagen.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist geradezu ironisch! - Filiz Polat [GRÜNE]: Soll er das noch loben, oder was?)

Frau Modder, das, was Sie hier gerade ausgeführt haben, bestätigt, dass Sie dort völlig uneinsichtig und ohne jegliches Gespür sind. Sie nehmen für sich in Anspruch, dass Sie und die Sozialdemokraten die Einzigen sind, die bestimmen können, was moralisch richtig ist. Kommen Sie von Ihrem hohen Ross herunter! Legen Sie die Arroganz ab! Sie müssen sich einfach mal mit den Realitäten auseinandersetzen und akzeptieren, dass andere Menschen andere Meinungen und Einschätzungen haben!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Machen Sie Wahlkampf! Dann werden Sie hören, was die Menschen denken!)

Sie nehmen für sich in Anspruch - das haben Sie eben auch wieder getan, Frau Modder -, Schaden für Rot-Grün ist Schaden für die Demokratie. Wenn eine Kollegin ein ihr zustehendes Recht wahrnimmt, ist das die Wahrnehmung demokratischer Rechte und kein Schaden für die Demokratie. Auch das gilt es, zu respektieren!

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Für die Freien Demokraten, meine Damen und Herren, kann ich sagen, dass wir uns diesen Stil nicht zu eigen machen.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Ihr seid doch die Profiteure!)

Wir werden die inhaltliche Auseinandersetzung über die rot-grüne Bilanz und die Zukunft und Chancen Niedersachsens führen; denn insbesondere hier sind Sie gescheitert. Darauf wird sich der Blick im Wahlkampf wieder richten.

Sie hinterlassen in der Bildungspolitik einen Scherbenhaufen. Wir haben eine katastrophale Unterrichtsversorgung zu beklagen: wöchentlich 10 000 Stunden Unterrichtsausfall! Sie waren nicht in der Lage, das abzustellen. Damit vergehen Sie sich an den Bildungschancen unserer Kinder.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Bei der Inklusion, meine Damen und Herren, gehen Sie einfach über die Bedürfnisse gerade der gehandicapten Kinder hinweg, weil Sie sagen: Wir ziehen das jetzt durch, egal ob die strukturellen Voraussetzungen gegeben und die entsprechenden Lehrkräfte vorhanden sind. Wir machen das einfach. - Auch hier sind Sie uneinsichtig und handeln zulasten der Kinder.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die von Ihnen so vielfach gepriesene Willkommenskultur endet am Schultor. 550 Stellen für Sprachlernklassen haben Sie gestrichen. Auch hier versagt rot-grüne Bildungspolitik.

Das setzt sich in anderen Bereichen fort, z. B. in der Innenpolitik, über die wir hier schon oft diskutiert haben. Es fehlen 1 000 Stellen bei den Polizisten. Da muss kontinuierlich und schnell aufgestockt werden, um die innere Sicherheit tatsächlich gewährleisten und Recht und Gesetz durchsetzen zu können.

(Johanne Modder [SPD]: Über all diese Themen hätten die Wählerinnen und Wähler am 14. Januar abstimmen können!)

Präsident Bernd Busemann:

Frau Modder, bitte!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Die Aufklärungsquoten in Niedersachsen sind schlechter als vor 2013. Gefährder sind nicht im

Blick. Islamistischer Terrorismus wird unterschätzt. In Wolfsburg, Hildesheim und Hannover wird unter den Augen der rot-grünen Landesregierung Terror aus Niedersachsen organisiert, und es werden sogar Terrorakte durchgeführt. In Hildesheim, einem Hotspot des Salafismus, wird man erst tätig, weil aus Nordrhein-Westfalen ermittelt wird. Niedersachsen schaut zu und unterbindet sogar noch entsprechende Ermittlungsmaßnahmen, die zum Erfolg hätten führen können.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Liste lässt sich fortsetzen. Sie lässt sich in der Landwirtschaftspolitik fortsetzen, und sie lässt sich auch in der Wirtschaftspolitik fortsetzen. Dort sind wir im Vergleich in vielen Bereichen leider ins Hintertreffen geraten. Arbeitslosenquote, Jugendarbeitslosenquote oder Arbeitnehmerentgelt - überall dort ist Niedersachsen unterdurchschnittlich und abgehängt.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: In welchem Land leben Sie denn?)

Das ist die Bilanz der rot-grünen Regierungszeit, und die gilt es, am Ende zur Wahl zu stellen.

(Johanne Modder [SPD]: Am 14. Januar wäre die Zeit dafür gewesen!)

Wir werden dafür werben, dass diese rot-grüne Landesregierung am 15. Oktober abgewählt wird. Es ist richtig, dass dieser Landtag nun aufgelöst wird. Wir brauchen klare und stabile politische Verhältnisse, damit die Herausforderungen Niedersachsens wieder angegangen werden können, Niedersachsen tatsächlich eine Vorreiterrolle einnehmen kann und nicht, wie durch diese Landesregierung verwaltet, Mittelmaß ist.

Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Birkner!

(Jens Nacke [CDU]: Wer kommt denn jetzt dran, Herr Präsident?)

Meine Damen und Herren, Sie sehen richtig: Das Wort hat jetzt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Es spricht die Vorsitzende. Frau Piel, bitte!

(Jens Nacke [CDU]: Wusste Sie das schon vorher, oder was?)

Anja Piel (GRÜNE):

Herr Nacke!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man Ihrer Rede in den letzten Minuten zugehört hat, Herr Dr. Birkner, hatte man den Eindruck, Sie kommentieren eine gewonnene Wahl. So ist es aber nicht.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist Wahlkampf!)

Ich will nicht mehr viel dazu sagen, wie es dazu gekommen ist, dass wir heute über den Antrag zur Auflösung dieses Landtages sprechen.

(Jens Nacke [CDU]: Das glaube ich!)

- Herr Nacke, ich kann mir vorstellen, dass Sie das glauben.

Nur so viel: Diese Vorgänge werfen kein gutes Licht auf die parlamentarische Kultur in Niedersachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es wirft kein gutes Licht auf die politische Kultur, wenn eine Abgeordnete, nachdem sie vor Ort im Wahlkreis von der Basis ihrer Partei nicht mehr aufgestellt wird, einfach die Partei und die Fraktion wechselt.

Frau Twesten, im Juni dieses Jahres war von Ihrer grundsätzlichen Unzufriedenheit mit den Grünen noch wenig zu spüren. Sie schrieben damals einen Gastbeitrag in der *Bremervörder Zeitung*. Ich will den Artikel einmal holen - das ist die Zeitung vom 12. Juni.

(Die Rednerin holt eine vergrößerte Kopie eines Zeitungsartikels von ihrem Platz)

Ich glaube, das ist interessant, und Sie werden sicherlich Interesse haben, dass ich einmal zitiere, was Ihre neue Fraktionskollegin da geschrieben hat.

(Christian Grascha [FDP]: Ich konnte es nicht lesen!)

- Ja, Herr Grascha, es ist wirklich interessant.

Hier schreibt Frau Twesten in einem Gastbeitrag:

„Wer mitgestalten will, muss Position beziehen

Frieden, Freiheit, Umweltschutz und Gleichberechtigung: Für keine andere Partei sind diese Ziele so grundlegende Bausteine ihrer

DNA wie für die Grünen. Und nie waren diese Ziele wichtiger als jetzt. ...

Keine andere Partei wird aktuell gerade so sehr gebraucht wie die Grünen“.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich finde, Sie sollten die Auffassung Ihrer neuen Fraktionskollegin kennen.

Frau Twesten, das ist jetzt zwei Monate her. Heute sitzen Sie überzeugt in den Reihen der CDU. Den Wechsel dieser Gesinnung verstehe ich nicht.

(Detlef Tanke [SPD]: Niemand!)

Das muss ich auch nicht, das spielt auch keine Rolle. Sicher ist - Herr Birkner, da hat niemand hier vorne etwas anderes gesagt -: Sie sind als Abgeordnete frei in Ihren Entscheidungen und in Ihrem Tun. Aber glaubwürdiger wäre es dennoch gewesen, wenn Sie mit dem Austritt aus der Partei, die Sie ja noch am 12. Juni dieses Jahres so sehr geliebt haben, Ihr Mandat niedergelegt hätten und für einen Nachrücker oder eine Nachrückerin Platz gemacht hätten -

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

nicht mir zuliebe, und auch nicht uns zuliebe, sondern - viel wichtiger -

(Christian Dürr [FDP]: Weil Sie an der Macht kleben!)

dem Ruf der parlamentarischen Demokratie in Niedersachsen zuliebe.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf)

- Ich weine keine Träne, Frau Lorberg! Wenn Sie das zum Weinen treibt, reiche ich Ihnen gerne ein Taschentuch an.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es wirft kein gutes Licht auf diesen Landtag, wenn der Verdacht aufkommt, dass dieser Wechsel auf Angebote zurückgeht. Die Beteiligten wissen selbst, was an den Gerüchten und Vorwürfen dran ist. Ich weiß es nicht, und es interessiert mich auch nicht.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

Es wirft übrigens auch kein gutes Licht auf den Landtag - - -

(Zuruf von der CDU)

- Ich bin noch nicht am Ende.

(Jens Nacke [CDU]: Doch, Frau Kollegin!)

- Warten Sie die Rede ab!

Es wirft übrigens auch kein gutes Licht auf den Landtag, wenn der Eindruck entsteht, die Opposition nutze diese Situation, um obendrein noch eine unfaire Kampagne gegen den Ministerpräsidenten zu starten. Wenn Sie, Herr Bode, und Sie, Herr Toepffer, Ihre Oppositionsrolle wahrnehmen wollen, ist das völlig in Ordnung. Aber bitte, bleiben Sie redlich! Nicht nur, dass Sie bereits seit der Unterrichtung im Wirtschaftsausschuss 2016 wissen, dass unser Ministerpräsident Weil seine Regierungserklärungen zu VW von den Juristen hat prüfen lassen.

(Ulf Thiele [CDU]: Von Herrn Steg!)

Sie, Herr Bode, und der ehemalige Ministerpräsident McAllister, haben sich offenbar ganz selbstverständlich von VW in die Feder diktieren lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das zu verschweigen, Herr Toepffer, wirft nicht nur ein schlechtes Licht auf die politische Auseinandersetzung und Arbeit in Niedersachsen. Es ist schlicht und ergreifend Heuchelei. Das geht an Sie beide!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir werden in den nächsten Wochen sicherlich noch genügend Gelegenheit haben, das genauer zu betrachten.

Meine Damen und Herren, kein gutes Licht auf die politische Kultur wirft übrigens auch die Diskussion über den Termin der Neuwahlen. Ich verzichte darauf, aus den internen Runden zu berichten. Ich kann aber in Richtung von Herrn Thümler und von Althusmann nur eines sagen - weil Herr Birkner gerade die Kinder mit Handicaps angesprochen hat; es soll auch Wählerinnen und Wähler mit Handicaps geben -: Ich finde es erschütternd, dass Sie nach der umfangreichen Information durch die Landeswahlleiterin immer noch so tun, als sei der 24. September der geeignete Wahltermin.

Vielleicht wäre er praktischer für Sie gewesen. Das will ich nicht abstreiten. Aber hätte das denn auch für alle funktioniert? Haben Sie mal mit Ihren Wahlleitern vor Ort gesprochen? Wissen Sie, wie umständlich es ist, eine Briefwahl vorzubereiten und wie viel Zeit das Erstellen von Brailleschrift auf Wahlzetteln in Anspruch nimmt? Wollten Sie tatsächlich die Fristen für die Briefwahl unter diesen Voraussetzungen verkürzen?

(Petra Tiemann [SPD]: Denen doch egal!)

Eine solche Verkürzung trifft unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger und die Menschen mit Handicaps, die etwa aufgrund einer Sehbehinderung darauf angewiesen sind, dass die Wahlzettel entsprechend vorliegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Jens Nacke [CDU] lächelt)

- Herr Nacke, ich finde es bezeichnend, dass Sie das lustig finden. Mit hat gestern ein Blinder auf der Straße gesagt, dass es ihn nicht wundert, dass die, die das Blindengeld abgeschafft haben, sich nicht dafür interessieren, dass die Briefwahlzettel rechtzeitig am Platz sind. Unglaublich!

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der 15. Oktober ist der schnellstmögliche Wahltermin, der rechtssicher umsetzbar ist. Und darum ist dieser Wahltermin vernünftig. Und darum haben wir uns gemeinsam mit der SPD für Rechtssicherheit eingesetzt.

(Ulf Thiele [CDU]: Die Landeswahlleiterin hat erklärt: Das ist sportlich, aber machbar!)

Herr Thiele, ich mache mir an dieser Stelle überhaupt keine Illusionen: Der Wahlkampf, der jetzt beginnt, wird hart. Sie haben ihn genau so eingeleitet. Meine Damen und Herren von CDU und auch von der FDP, Sie haben den Pfad der Redlichkeit bereits verlassen.

(Zurufe von der FDP: Womit denn?)

Wir von den Grünen wollen unsere erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Wir haben viereinhalb Jahre gemeinsam mit der SPD gut gearbeitet. Wir sind jetzt erst recht hoch motiviert, Kollegin Modder, weiter miteinander politisch an unseren Projekten zu arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Eine ganze Reihe von Gesetzesvorhaben, die bereits in den parlamentarischen Beratungen sind, werden wir jetzt, in dieser Wahlperiode, nicht mehr beschließen können. Die Wählerinnen und Wähler wissen aber, worauf sie sich verlassen können, wenn sie am 15. Oktober Rot und Grün gemeinsam wieder die Mehrheit geben: ein Wassergesetz, mit dem wir die Wasserqualität in Niedersachsen verbessern werden, ein Transparenzgesetz, damit sich Bürgerinnen und Bürgern besser informieren können, Frau Twesten, ein Gleichberechtigungsgesetz, das den Namen auch verdient,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

und ein Agrarstruktursicherungsgesetz, das die bäuerliche Landwirtschaft sichert.

Meine Damen und Herren, jetzt ist es besonders wichtig, dass die Mehrheitsverhältnisse im Parlament wieder dem Willen der Wählerinnen und Wähler entsprechen. Darum meine Bitte fernab von allen Sachdebatten, die ich sehr schätze: Sorgen Sie mit uns gemeinsam wieder dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger am 15. Oktober in großer Zahl zur Wahl gehen!

Wenn sich Teile dieses Parlaments aber aufführen wie die Akteure der Serie „House of Cards“, dann sollten sie sich daran erinnern, dass das Fernsehen ist und dass es da um Einschaltquoten geht. Wir von der SPD und von den Grünen kämpfen um Wählerstimmen - und nicht um Einschaltquoten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Noch ein persönliches Wort an Sie, Herr Birkner: Ob Rot-Grün Geschichte ist oder am 15. Oktober Geschichte schreiben wird, entscheiden immer noch die Wählerinnen und Wähler, aber keine einzelnen Abgeordneten der FDP.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Piel. - Gibt es weitere Wünsche, sich zu Wort zu melden? - Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine engagierte Auseinandersetzung in der Sache auf der Grundlage von Fairness und Verlässlichkeit

und mit dem Wohl des Landes als politischer Richtschnur - das macht für mich die politische Kultur aus, die wir in Niedersachsen pflegen müssen. Darüber müssen wir heute sprechen.

Heute ist sicher ein bedeutender Tag, und zwar nicht nur für die aktuelle Landespolitik, sondern auch für unsere Verfassungsordnung. In den mehr als 70 Jahren seit der Gründung unseres Landes hat sich der Niedersächsische Landtag erst einmal aufgelöst. Das war im Jahre 1970, und es geschah vor dem Hintergrund, dass die damals regierende Große Koalition auseinandergebrochen ist. Alle Beteiligten waren sich einig, dass es so nicht weitergehen konnte, und es kam zu Neuwahlen.

Das ist nun fast ein halbes Jahrhundert her, und die einzige Parallele besteht vielleicht darin, dass sich damals die CDU-Fraktion durch Übertritte auf wundersame Art und Weise vermehrt hatte. Eine interessante Parallele zu unserer Situation, aber auch die einzige.

(Zuruf von der CDU: Warum laufen bei Ihnen die Leute weg?)

Heute reden wir über einen Vorgang, der in diesen Tagen unzählige Menschen bei uns in Niedersachsen irritiert, beunruhigt und auch empört. Wir reden darüber, dass fünf Monate vor den ohnehin angesetzten Landtagswahlen eine Kollegin die Fraktion gewechselt hat und damit - das ist der entscheidende Punkt - die von den Wählerinnen und Wählern im Jahre 2013 bestimmte Landtagsmehrheit gekippt wird.

(Ulf Thiele [CDU]: Die haben nicht Rot-Grün gewählt! Die haben Parteien gewählt!)

Und wir reden auch darüber, dass das böse Wort - - -

(Ulf Thiele [CDU]: Das wissen Sie! - Gegenrufe von der SPD und von den GRÜNEN - Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Einen Moment bitte! Meine Damen und Herren, bitte keine Zwiesgespräche, keine Zwischenrufe! Gar nichts! Bei Bedarf stehen noch Redezeiten zur Verfügung.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Und wir reden darüber - - -

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident, einen Moment bitte! - Wir warten ab, bis hier Ruhe einkehrt. Wir haben heute, wie Sie wissen, sehr viel Zeit.

(Johanne Modder [SPD]: Der General ist erzürnt! - Weitere Zurufe)

- Frau Lorberg, hallo! - Bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Und wir reden auch darüber, dass das böse Wort von „unseriösen Angeboten“ oder, nach anderen Quellen, „unmoralischen Angeboten“ die Runde macht,

(Ulf Thiele [CDU]: Von Ihnen!)

die verschiedene Personen zuvor von eben jener Kollegin gehört haben, nicht von mir.

(Ulf Thiele [CDU]: Doch, von Ihnen! - Gegenrufe von der SPD: Nein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist kein normaler Vorgang, über den wir hier reden, wie uns hier weisgemacht werden soll.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist auch nichts, was man einfach durch den Hinweis auf das freie Mandat abtun könnte. Das ist etwas, was zu Recht eine riesengroße Zahl von Menschen in Niedersachsen umtreibt. Das kann nicht so stehenbleiben. Das ist meine tiefe Überzeugung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für mich geht es - das habe ich von Anfang an, seit Freitag, deutlich gemacht - im Kern um einen Grundsatz, der zu den wichtigsten in unserer Demokratie zählt: Wer in einem Land das Sagen hat, darf nach unserem demokratischen Verständnis am Ende nur durch die Wählerinnen und Wähler bestimmt werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wir haben eine repräsentative Demokratie, Herr Ministerpräsident!)

Und es gibt dorthin nur einen einzigen Weg, nämlich durch freie und allgemeine Wahlen eine Mehrheit zu erringen. Das ist der Kern unseres Verfassungsverständnisses, meine sehr verehrten Damen und Herren! Darum geht es hier heute.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Sie behaupten, es gibt ein imperatives Mandat! Das ist Quatsch! Sie haben die Verfassung nicht verstanden! - Gegenruf von Detlef Tanke [SPD])

Was wir in den letzten Tagen erlebt haben, das verletzt diesen Grundsatz tief. Hauptbetroffene sind damit gar nicht einmal in erster Linie rote oder grüne Politikerinnen und Politiker. Nein, es waren die Wählerinnen und Wähler, die im Jahre 2013 Rot-Grün die Parlamentsmehrheit gegeben und die Verantwortung für die Landespolitik überantwortet haben. Die Wählerinnen und Wähler wollten diese Landesregierung haben. Sie haben entschieden! Das muss gelten - bis zu einer anderen Entscheidung der Wählerinnen und Wähler, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dass diese einfachen Wahrheiten auf einmal nicht mehr gelten sollen, das ist der eigentliche Grund für das Unverständnis und auch für den Ärger, den derzeit viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land empfinden.

(Christian Grascha [FDP]: Die Bürger haben ganz andere Sorgen!)

Nun wird an dieser Stelle auf das freie Mandat der Abgeordneten hingewiesen, und dazu gehört auch das Recht auf einen Fraktionswechsel.

Aber, meine Damen und Herren, so einfach ist es eben nicht. Nicht alles, was erlaubt ist, darf man auch machen.

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Und das bestimmen Sie?)

Anders ausgedrückt: Wenn etwas legal ist, dann ist es - Hanne Modder hat es mit Recht gesagt - noch lange nicht legitim.

(Christian Grascha [FDP]: Wer bestimmt das eigentlich? Bestimmen Sie das? - Zurufe von der CDU - Gegenruf des Detlef Tanke [SPD] - Unruhe)

Die Abgeordneten des Landtages - - -

(Zurufe - Anhaltende Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Einen Moment, bitte! - Meine Damen und Herren! Herr Schönecke, Herr Nacke, Herr Tanke, einige

andere ebenfalls, Frau Hamburg! Wir warten jetzt einfach ein bisschen ab.

(Jens Nacke [CDU]: Wer sechsmal die Verfassung gebrochen hat, der soll sich doch nicht hier hinstellen und - - -)

- Herr Nacke, Sie können sich noch melden, wenn es etwas zu sagen gibt.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Die Abgeordneten - - -

(Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Einen Moment! Es geht noch nicht weiter.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Schade.

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

War noch was, Herr Schönecke? - Jetzt geht es weiter.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Die Abgeordneten eines Landtags erhalten bei den Wahlen von ihren Wählerinnen und Wählern einen Vertrauensvorschuss. Die Wählerinnen und Wähler wollen, dass ihre Abgeordneten in ihrem Sinne so gut wie möglich Politik machen. Wenn das nicht geschieht, dann wird genau dieses Vertrauen verletzt.

Der Auftrag der Wählerinnen und Wähler im Jahre 2013 war ganz eindeutig: Sie wollten eine rot-grüne Landtagsmehrheit, und sie wollten eine rot-grüne Landesregierung. Genau dieser Wille wird jetzt verletzt.

(Widerspruch bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: Ihre Abgeordneten sind doch nicht Ihr Eigentum, Herr Ministerpräsident!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der Kern der politischen Debatte, die wir hier heute führen müssen. Darum kommen wir nicht herum.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hinzu kommt - es ist bereits angesprochen worden -, dass die Hintergründe dieses Fraktionswechsels eine ganze Reihe von Fragen aufwerfen.

Ich hoffe, ich erwarte und ich fordere auch, dass diese Fragen beantwortet werden. Sie können nicht unbeantwortet im Raum stehen bleiben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Wir haben also eine weitreichende Entscheidung einer einzelnen Abgeordneten gegen den Willen der Wählerinnen und Wähler bei den Landtagswahlen, und wir haben eine Vielzahl von sehr ernsthaften Fragen zu den Hintergründen dieser weitreichenden Entscheidung. Das - es tut mir leid, das sagen zu müssen - ist dann tatsächlich schädlich für die Demokratie in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Anders als alle anderen Regierungsformen ist die Demokratie zwingend auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Deshalb wählen wir doch neu!)

Dazu zählt zweifelsohne die Voraussetzung, dass die Regeln eingehalten werden und dass Vorgänge transparent sind. Ohne dieses Vertrauen nimmt die Demokratie im Kern Schaden und kann sie am Ende keinen Erfolg haben. Das ist eine ganz grundsätzliche Erwägung.

Deswegen greife ich nicht zu weit, wenn ich sage: Die Vorgänge der letzten Tage schaden der Demokratie in Niedersachsen. Das kann nicht so stehen bleiben, wie es gewesen ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Unter diesen schlechten Bedingungen zeichnet sich jetzt immerhin ab, dass wir zu einer raschen Klärung der politischen Mehrheit in Niedersachsen gelangen werden. Das ist meines Erachtens das Mindeste, was jetzt geschehen muss, um den Schaden zu begrenzen.

Deswegen begrüße ich es, dass wir uns am Montag auf eine schnelle Auflösung des Landtages und auf schnelle Neuwahlen verständigt haben. Die Landesregierung wird den Termin der Wahlen absprachegemäß auf den 15. Oktober 2017 festlegen, sobald sich der Landtag aufgelöst hat. Diese Zusage wiederhole ich hier gerne noch einmal.

Meine Damen und Herren, so weitreichend diese Entwicklung ist: Bei der Einschätzung der gegenwärtigen politischen Lage in Niedersachsen hat es damit kein Bewenden.

Nachdem am Freitag ein Wechsel der Mehrheitsverhältnisse im Landtag bekannt geworden ist, folgte keine 48 Stunden später die sensationell anmutende Meldung, die Niedersächsische Landesregierung habe sich eine Regierungserklärung von Volkswagen umschreiben und weichspülen lassen.

(Johanne Modder [SPD]: Welch Zufall!)

An Zufälle mag glauben, wer will. Ich glaube nicht daran.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen müssen wir auch auf diesen Vorgang hier eingehen.

Die Tatsache, dass die Landesregierung Volkswagen vor der Regierungserklärung vom 13. Oktober 2015 um Mitteilung von rechtlichen oder tatsächlichen Bedenken gebeten hat, ist dem Landtag seit weit mehr als einem Jahr bekannt. Dieser Umstand war Gegenstand von Anfragen. Es gab eine umfassende Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses. Auch die Vertreterinnen und Vertreter der Medien in diesem Lande kannten diesen Sachverhalt. Damals gab es keine sonderlichen weiteren Diskussionen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Die Landesregierung hat sich völlig korrekt verhalten.

In der dramatischen Situation, in der sich das wichtigste niedersächsische Unternehmen im Herbst 2015 befand, war eine besondere Sorgfalt bei öffentlichen Äußerungen von Regierungsvertretern nicht nur korrekt, sondern geboten. Wir hatten Schaden vom Lande abzuwenden.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch in der Bewertung ist da nichts weichgespült worden. Da ist die Rede von „Entsetzen“, „Manipulation“, „schweren Fehlern“. Das Ganze ist eine harte Kritik an der Vorgehensweise von Volkswagen.

(Detlef Tanke [SPD]: So war es!)

Es gibt nichts zu beanstanden. Das sage übrigens nicht nur ich, sondern das sagt sogar LobbyControl, eine wirklich angesehene NGO, die sich seit Langem mit den Auswüchsen des Lobbywesens befasst. Sie können diese Beurteilung in der *Braunschweiger Zeitung* nachlesen.

Wie gesagt: Ich glaube nicht an Zufälle. Dass in unmittelbarem Zusammenhang mit einem Mehrheitswechsel im Niedersächsischen Landtag eine solche Kampagne mit einer solchen Wucht inszeniert wird, das ist am Ende des Tages Wahlkampf. Davon bin ich leider überzeugt.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich kann uns alle miteinander nur eindringlich davor warnen, auf diesem Weg weiterzumachen. Prompt gibt es nämlich wieder - man hätte doch die Uhr danach stellen können! - namhafte Stimmen, die die Abschaffung des Volkswagen-Gesetzes und die Abgabe der Landesanteile an dem Unternehmen verlangen. Wir waren uns in Niedersachsen einig - und ich hoffe, wir sind es noch -, dass die Beteiligung unseres Landes an Volkswagen für das Landeswohl von größter Bedeutung ist.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Diese Haltung hat - weiß Gott! - nicht nur Freunde, wie wir gerade in den letzten Tagen noch einmal gesehen haben.

Wer es gut meint mit dem Land Niedersachsen, wer nicht einen tagespolitischen Vorteil auf Kosten eines langfristigen schweren Schadens in Kauf nehmen will, der muss verantwortungsbewusst mit diesem Thema umgehen. Damit meine ich - um das betont zu sagen - nicht das Fehlverhalten von Volkswagen. Das muss scharf kritisiert werden. Aber das Landesengagement bei Volkswagen durch solche Manöver in Misskredit zu bringen, das ist verantwortungslos, und das schadet den Interessen des Landes Niedersachsen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit bin ich bei meiner vorletzten Bemerkung. Seitdem ich im Februar 2013 zum ersten Mal an einer Landtagssitzung teilgenommen habe, verfolge ich - wie viele von Ihnen wissen, mit Unverständnis -, mit welcher Härte hier die Auseinandersetzung geführt wird. Es ist übrigens seitdem nicht besser geworden. Ich habe die letzten Tage aus den beschriebenen Gründen durchaus noch einmal als einen Tiefpunkt empfunden.

Ich halte das aus tiefer persönlicher Überzeugung für einen Irrweg. Der leidenschaftliche Streit in der Sache gehört zum Wesen der demokratischen Ordnung und muss sein. Aber der inhaltsfreie

Machtkampf schadet dieser demokratischen Ordnung.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der FDP: Das ist genau das, was Sie machen, Herr Weil! - Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

Präsident Bernd Busemann:

Herr Thiele, mäßigen Sie sich!

(Weitere Zurufe)

- Kein Wort mehr, bitte! Es redet hier nur einer.

(Detlef Tanke [SPD]: Sie können es besser, Herr Thiele!)

- Herr Tanke, mäßigen auch Sie sich, bitte!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

In einer Demokratie, meine Damen und Herren, darf Macht niemals Selbstzweck sein. Macht muss immer nur Mittel zum Zweck sein. Daran müssen wir in diesen Tagen leider erinnern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Das sagt der Richtige!)

Deswegen möchte ich wirklich alle Beteiligten herzlich aufrufen, die Erfahrungen der letzten Tage noch einmal zu überprüfen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Fangen Sie einmal bei sich an! - Christian Dürr [FDP]: Das sagt der Richtige!)

Wenn das der Auftakt zu einem Wahlkampf mit äußerster Härte gewesen sein sollte, dann werden sich viele Bürgerinnen und Bürger mit Grausen abwenden - nicht nur von unserem Streit, sondern womöglich auch von der demokratischen Ordnung.

Wir können aber auch aus diesen Erfahrungen lernen. Wir können in den nächsten Wochen mit leidenschaftlichem, aber sachlichem Streit um Themen und mit Argumenten Werbung für die Demokratie machen. Das ist es, was ich mir wünsche.

(Christian Dürr [FDP]: Wann fangen Sie damit an?)

Die Landesregierung und ich persönlich jedenfalls werden in den nächsten etwas mehr als zwei Monaten genau für diese Haltung stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die letzten Tage waren nicht gut für unser Land.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Die letzten vier Jahre waren nicht gut für unser Land!)

Hoffen wir, dass es damit jetzt ein Ende hat! Sorgen wir dafür, dass wir einen sachlichen und menschlich anständigen Wahlkampf in Niedersachsen erleben! Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns, und zwar mit vollem Recht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Dazu haben Sie aber heute keinen Beitrag geleistet! - Christian Dürr [FDP]: Wann fangen Sie denn mit der sachlichen Auseinandersetzung an? Warum nicht heute in Ihrer Rede?)

Eine engagierte Auseinandersetzung in der Sache auf der Grundlage von Fairness und Verlässlichkeit und mit dem Wohl des Landes als politischer Richtschnur - darum muss es jetzt gehen. Dafür werde ich in den nächsten Wochen kämpfen. Darauf können sich auch die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen verlassen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Die Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN erheben sich)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Meine Damen und Herren, ich will auf Folgendes hinweisen: Die CDU hat noch eine Restredezeit von 7:21 Minuten, die SPD eine Restredezeit von 3:06 Minuten. Die beiden anderen Fraktionen - Bündnis 90/Die Grünen und FDP - haben jeweils nur wenige Sekunden. Bei Bedarf würde ich § 71 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung anwenden.

Jetzt erteile ich Herrn Nacke für die CDU-Fraktion das Wort.

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Tag scheint mir gut für einen Rückblick in das Jahr 2013. Denkbar knapp war seinerzeit der Wahlausgang, mit einer Stimme Mehrheit für SPD und Grüne im Niedersächsischen Landtag.

(Gerald Heere [GRÜNE]: 12 500 Wählerstimmen!)

Sehr bewusst haben sie sich seinerzeit entschieden, mit dieser Mehrheit zu regieren. Sie wussten schon damals, welch hohes Risiko sie damit eingehen.

Ich erinnere mich noch gut an die Wahl des Ministerpräsidenten, an die fast schon kindliche Freude, als es tatsächlich geklappt hatte.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Detlef Tanke [SPD]: Nur peinlich!)

Schließlich war Ihnen aufgrund des harten Konflikts mit Herrn Lies um die Spitzenkandidatur damals schon klar, dass Herr Weil auch in den eigenen Reihen umstritten war.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ihre Mehrheit hat aus meiner Sicht überraschend lange gehalten. Ihr Wille zur Macht und der Wunsch nach Ämtern waren stets größer als der politische Gestaltungswille.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Anja Piel [GRÜNE]: Ist das jetzt eine seriöse Rede?)

Von Anfang an galt bei Ihnen die Absprache, dass nur dort politisch gehandelt wird, wo Sie sich einig sind. Wo keine Einigung zu erzielen war, passierte eben nichts. Wesentliche Fragen im Land sind daher nicht angegangen worden. Sie haben sie einfach liegen gelassen.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Das ist doch alles Unsinn!)

Ihre Einstimmenmehrheit wirkte sich aber auch an anderer Stelle aus. Von Beginn an waren Sie hoffnungslos aneinander gekettet, auch wenn Ihnen die Politik oder die jeweils handelnden Personen des jeweiligen Partners nicht gepasst haben.

(Johanne Modder [SPD]: Was Sie alles so wissen!)

Staatssekretär Paschedag war der erste Fall. Unter den Augen des Ministerpräsidenten und von Minister Meyer gönnte er sich Luxusausstattungen und verstieß dabei gegen geltendes Recht.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Lesen Sie den Abschlussbericht noch einmal nach!)

Der Minister hätte seinerzeit die politische Verantwortung tragen müssen. Die Einstimmenmehrheit hielt ihn im Amt.

(Detlef Tanke [SPD]: Ganz an der Sache vorbei!)

Frau Ministerin Heiligenstadt verstieß mit der Anordnung zusätzlicher Unterrichtsverpflichtungen für Gymnasiallehrer gegen die Verfassung. Sie trägt die Verantwortung für die niedrigste Unterrichtsversorgung seit Jahren.

(Johanne Modder [SPD]: Unfassbar!)

Ich will Ihnen - - -

Präsident Bernd Busemann:

Einen Moment! - Die Zeit wird angehalten. Sie haben noch Redezeit.

Frau Modder! Wir müssen das miteinander klären - entweder zuhören oder Zettel abgeben.

(Johanne Modder [SPD]: Ich kann beides!)

Jens Nacke (CDU):

Frau Modder, ich will Ihnen - - -

Präsident Bernd Busemann:

Wir machen noch nicht weiter. Alle nehmen wieder Platz. Alle hören zu. - Herr Pistorius! Herr Kollege Santjer!

Setzen Sie bitte Ihre Rede fort, Herr Nacke!

Jens Nacke (CDU):

Ich will Ihnen an dieser Stelle eines sagen: Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler können Ihre verfehlte Schulpolitik vielleicht noch verkraften, aber Schülerinnen und Schüler mit Unterstützungs- und Förderbedarf zahlen den Preis. Deren Bildungschancen gehen mit jeder fehlenden Unterrichtsstunde verloren. Dass Sie mit den Förderschulen nun ausgerechnet den Schwächsten ihre Schulen wegnehmen wollen, ist in höchstem Maße unsozial.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niemand in diesem Land kann verstehen, warum diese Ministerin nicht ausgetauscht wurde. Die Einstimmenmehrheit hielt sie im Amt.

Frau Ministerin Niewisch-Lennartz stand schwer in der Kritik, weil unter ihrer Verantwortung - und sogar von ihr persönlich - unliebsame Beamte mit

unhaltbaren Vorwürfen und maßlosen Ermittlungsverfahren überzogen wurden.

(Lachen bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Wenn Sie so weiterreden, werden hier ganz andere Person mit einem Ermittlungsverfahren überzogen!)

Ein sicherungsverwahrter Gewalttäter entkam im Umfeld der Feiern zum Tag der Deutschen Einheit am Maschsee. Der Staatssekretär wurde aber nicht entlassen, sondern zu einem der höchsten Richter des Landes ernannt - eine bedenkliche parteipolitische Einflussnahme auf die unabhängige Justiz. Diese Ministerin hätte nicht im Amt bleiben dürfen, aber die Grünen hätten der Entlassung nicht zugestimmt. Die Einstimmenmehrheit hielt sie im Amt.

Viel schlimmer als die personalpolitische Handlungsunfähigkeit des Ministerpräsidenten wog aber die politische Handlungsunfähigkeit dieser Regierung. Schnell nach der Regierungsübernahme zeigte sich, wie gering die Gemeinsamkeiten sind und wie sehr das Misstrauen zwischen den Koalitionspartnern überwiegt. Das lässt sich in der Arbeit der gesamten Regierung feststellen.

Da ist der handlungsunfähige Innenminister, der über die gesamte Wahlperiode die notwendigen Änderungen im Polizeirecht nicht umsetzen konnte. Der rote Sheriff konnte zwar viel und gerne reden, die Hände waren ihm aber mit einem grünen Seil zusammengebunden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zum Beispiel folgten den Ankündigungen von Fußfesseln oder moderner Videoüberwachung keine Taten. Im Ergebnis dürfen niedersächsische Polizisten nicht, was Polizisten in anderen Ländern dürfen - ein unverantwortliches Sicherheitsrisiko. Die Grünen wollten es so. Stattdessen wurden unter der Verantwortung des Innenministers wichtige Maßnahmen der Polizei und des Verfassungsschutzes unterbunden. Geltendes Recht wurde mit Verweis auf die Koalitionsvereinbarung nicht umgesetzt.

Die Speicherung islamistischer Gefährder unterblieb genauso wie die wirksame Kontrolle islamistischer Moscheevereine. In der Folge konnte die Nummer eins des sogenannten IS in Deutschland in Hildesheim viel zu lange sein Unwesen treiben. Konkrete gesetzgeberische Reaktionen auf die wachsende Gefahr des Islamismus sind bis heute

nicht erfolgt. Die Einstimmenmehrheit machte es unmöglich.

Ein Umweltminister, der im Umgang mit dem Wolf eine mehr als unglückliche Figur machte, die jeden Sozialdemokraten im ländlichen Raum die Faust in der Tasche ballen lässt. Die gequälten Anmerkungen beispielsweise des Kollegen Marcus Bosse sprechen Bände, machen konnte er nichts. Die Grünen wollten es so. Die Einstimmenmehrheit machte es unmöglich.

Ein Landwirtschaftsminister, der mit dem Landes-Raumordnungsprogramm die Milchbauern in den Grünlandregionen faktisch enteignen wollte.

Ein Umweltminister, der mit dem Wassergesetz in wasserzugreichen Regionen der Marschgebiete das gleiche im Sinn hatte.

Es bedurfte der massiven Gegenwehr in den betroffenen Regionen, insbesondere der kommunalen Verantwortungsträger, um diese Vorhaben zu verhindern. Die Einstimmenmehrheit hatte von sich aus nicht die Kraft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein blockierter Wirtschaftsminister, der zwar von Autobahnen redet, aber keine bauen darf, dessen Handlungsfähigkeit so eingeschränkt ist, dass seine Presseverlautbarungen sich im Wesentlichen auf die Übergabe von Förderbescheiden in seinem Heimatwahlkreis beschränken, die normalerweise der Wirtschaftsförderer des Landkreises mit der Post schicken würde.

(Uwe Santjer [SPD]: Das ist ja lächerlich!)

Eine Wissenschaftsministerin, von der man seit der Abschaffung der Studienbeiträge nichts mehr gehört hat, außer dass sie ihre Termine im Wesentlichen auf ihre Heimatstadt und Hannover beschränkt.

Eine Sozialministerin, die noch im Sommer mit einem Lächeln hier erklärte, wie wichtig all die geplanten gesetzlichen Regelungen seien, als die Juristen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes längst abgewunken hatten.

Die Liste ließe sich fortsetzen. Ihre Einstimmenmehrheit gestaltet nicht, sie ist ein Klotz am Hals des Landes.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Demokratieverständnis!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, politische Verantwortungsträger müssen damit leben, dass ihre Entscheidungen öffentlich bewertet werden. Man kann die Entscheidung von Elke Twesten gut oder schlecht finden. Man kann sie nachvollziehen oder kritisieren. Beides ist in den letzten Tagen reichlich passiert. Die massiven persönlichen und ehrverletzenden Einlassungen in Presseerklärungen, Statements und Kommentaren - insbesondere in den sozialen Medien - sind für mich jedoch inakzeptabel.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit Erschrecken habe ich zur Kenntnis genommen, dass auch Mitglieder von SPD und Grünen und sogar Abgeordnete dieses Hauses persönliche Angriffe gegen Frau Twesten veröffentlicht haben, die weit unter die Gürtellinie gingen.

Insbesondere die Kampagne in den sozialen Medien wurde von ihnen mit Fotomontagen, bewusst unvoreilhaftigen Bildern und falschen Zitaten befeuert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn eine Abgeordnete persönlich beleidigt wird - - -

(Anja Piel [GRÜNE]: Urheber für die unvoreilhaften Bilder sind nicht wir! Das ist unredlich!)

Präsident Bernd Busemann:

Bitte nicht stören! - Herr Nacke, Sie müssen zum Ende kommen.

Jens Nacke (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn eine Abgeordnete persönlich beleidigt wird, insbesondere durch sexistische Äußerungen, wenn ihr Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit angedroht werden und ihr der Tod gewünscht wird, dann dürfen SPD und Grüne nicht schulterzuckend danebenstehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Gerald Heere [GRÜNE]: Das ist eine Frechheit! - Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Und was war mit Herrn Meyer? Jetzt den Moralischen rauskehren!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Janßen, bitte!

Jens Nacke (CDU):

Wenn im Schatten der Anonymität ein Bezug hergestellt wird zu den Gräueltaten des Nationalsozialismus gegen die jüdische Bevölkerung, indem die Aussage getätigt wird, eine Abgeordnete gehöre in die Gaskammer, dann darf ein Ministerpräsident nicht verharmlosend von einer „Welle der Empörung“ sprechen. Mit welchem Recht wollen Sie ansonsten vergleichbare Angriffe aus der links- und rechtsradikalen Ecke gegen Politiker verurteilen?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Nacke, letzter Satz, bitte!

Jens Nacke (CDU):

Herr Ministerpräsident, Sie sind Landesvorsitzender der SPD, und ich fordere Sie auf, sich von den Äußerungen Ihrer Parteifreunde zu distanzieren. Wenn ein Ministerpräsident seine parlamentarische Mehrheit verliert, sollte er den Weg für Neuwahlen freimachen: Er sollte zurücktreten.

(Glocke des Präsidenten)

Sie, Herr Ministerpräsident, waren dazu nicht bereit - nein, Sie stellen sich hier hin und verlieren sich verbittert in Verschwörungstheorien.

(Zurufe von der SPD)

Es ist daher die Aufgabe des Parlaments, Ihnen die übertragene Macht wieder zu nehmen. Wer nicht freiwillig geht, der wird gegangen.

Der Wechsel der Mehrheiten durch den Übertritt einer Abgeordneten - letzter Satz, Herr Präsident - soll jedoch nach der Überzeugung dieses Hauses nicht zur Machtausübung führen.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb wollen wir Neuwahlen. Wir setzen auf das Votum der Wählerinnen und Wähler. Die rot-grüne Blockade ist vorbei. Ihre Einstimmenmehrheit hat ein Ende!

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt abklären, ob weiterer Bedarf an Wortmeldungen besteht. - Herr Dr. Birkner, hat sich das erledigt?

(Dr. Stefan Birkner [FDP] nickt)

- Das hat sich erledigt.

Herr Limburg, ich hatte beobachtet, dass bei Ihnen eventuell eine entsprechende Neigung im Wachsen sei.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Im Moment nicht!)

- Das hat sich erledigt.

Meine Damen und Herren, dann halte ich fest, dass weitere Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich schließe daher die Besprechung über den Antrag auf Auflösung des Landtages der 17. Wahlperiode.

Damit beginnt die Frist nach Artikel 10 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung zu laufen, nach der frühestens am 11. Tag nach Schluss der Besprechung über den Antrag abgestimmt werden kann und spätestens am 30. Tag nach Schluss der Besprechung darüber abgestimmt werden muss.

Die Fraktionen - Sie haben es bereits vernommen - haben sich darauf verständigt, die Abstimmung in einer zusätzlichen Plenarsitzung am 21. August 2017 - das ist der frühestmögliche Termin - durchzuführen.

Der Ältestenrat wird in der Mittagspause der Plenarsitzung am nächsten Donnerstag zusammentreten, um diese Sitzung, die am 21. August 2017 stattfinden wird, vorzubereiten; anschließend wird Ihnen die Einladung zugehen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie darauf hinweisen: Der nächste - 49. - Tagungsabschnitt soll - ganz regulär - in der nächsten Woche, am 16. und 17. August 2017, stattfinden. Die Einladung dazu liegt Ihnen bereits vor.

Damit sind wir für heute am Ende der Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Schluss der Sitzung: 12.34 Uhr.